

Antrag an den Landesrat der Partei DIE LINKE. NRW am 8. September:

## **Klimaschutz: Verursacherprinzip durchsetzen statt unsozialer CO<sub>2</sub>-Steuer**

DIE LINKE. NRW spricht sich gegen eine CO<sub>2</sub> Steuer aus. Wir fordern aktives staatliches Handeln zur Abwendung der drohenden Klimakatastrophe, welches sich am 1,5 Grad Ziel des Übereinkommens von Paris orientiert. Durch entschlossene ordnungsrechtliche Maßnahmen und energische Investitionsprogramme muss in den kommenden Jahren die Grundlage für die Rettung des Weltklimas gelegt werden.

### **Begründung:**

Die beiden letzten Sonderberichte des Weltklimarates machen es deutlich. Das Klima ändert sich schneller als bislang vorhergesagt. Der Menschheit bleiben die kommenden zehn Jahre, um die Weichen für eine Dekarbonisierung weit vor der Jahrhundertmitte zu stellen. Nur unverzügliches und entschlossenes staatliches Handeln wird in der Lage sein, die notwendige, tiefgreifende Umgestaltung in dieser kurzen Zeit zu bewirken. Die vergangenen zehn Jahre waren in Deutschland ein verlorenes Jahrzehnt für den Klimaschutz. Für Scheinlösungen aus der Mottenkiste neoliberaler Ideologie – wie die CO<sub>2</sub> Steuer – ist die Zeit abgelaufen.

Die CO<sub>2</sub> Steuer beruht auf der Annahme, dass eine an den Klimaschadenskosten orientierte Steuer auf fossile Energieträger die Internalisierung der Umweltkosten in den Marktpreis schafft, wodurch mit Hilfe der „unsichtbaren Hand des Marktes“ eine Lenkungswirkung hin zu umweltfreundlicherem Konsum entstehen soll.

Wie aber lassen sich die Klimaschadenskosten einer Tonne CO<sub>2</sub> bemessen? Wie hoch ist der Preis für die Verwüstung der belebten Umwelt? Welchen Schadenswert hat der drohende Untergang der menschlichen Zivilisation? Laut Umweltbundesamt beträgt er derzeit 160,- Euro. Die Meisten Konzepte für eine CO<sub>2</sub> Steuer schlagen aber einen Preis von lediglich rund einem Viertel dieser Summe vor, der in den kommenden zehn Jahren mehr oder minder stark ansteigen soll. Spätestens hier wird deutlich, dass es sich um politische Zahlen handelt, ermittelt mit Blick auf das, was mensch der Wirtschaft, nicht aber dem Klima für zumutbar hält.

Die CO<sub>2</sub> Steuer wäre eine Verbrauchssteuer, die von der Industrie an den Konsumenten weitergereicht wird, ihrer Natur nach sozial blind ist und insbesondere wirtschaftlich bereits benachteiligte Menschen überproportional zu belasten droht. Diesen Effekt suchen einige Modelle dadurch zu kompensieren, dass die Steuer ganz oder zum Teil, möglicherweise auch mit einer Umverteilungskomponente, an die Bürgerinnen und Bürger erstattet werden soll (Ökobonus). Abgesehen von dem damit verbundenen großen bürokratischen Aufwand, ließe sich diese Erstattung, wenn die Steuer einmal eingeführt ist, auch jederzeit wieder Ändern. Schließlich widerspricht eine Erstattung in der Tendenz der behaupteten Lenkungsabsicht. Bei Erstattung der Mehrkosten schwindet auch der Druck, liebgewonnene Konsumgewohnheiten zu verändern. Eine nachträgliche Änderung des Ökobonus zu Lasten einer individuellen Erstattung wird hierdurch nur wahrscheinlicher. Eine Steuer aber, die unverhältnismäßig zu Lasten der wirtschaftlich Schwachen geht, ist für Die Linke unannehmbar.

Die Wirksamkeit der CO<sub>2</sub> Steuer ist davon abhängig, dass sie Menschen zu einer Veränderung ihres Konsumverhaltens bewegt. Eine CO<sub>2</sub> Steuer von 40,- Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> würde sich auf den

Benzinpreis in Höhe von 9,5 Cent pro Liter auswirken. Nicht nur, dass sie damit den Bereich der normalen Schwankungen des Benzinpreises nicht übersteigt, angesichts des völlig unzureichenden Ausbaus unserer öffentlichen Verkehrssysteme, insbesondere auf dem Land, bleibt vielen Menschen zum eigenen Auto keine Alternative. Die magische Hand des Marktes wird deshalb wenig erreichen können. Das kann nur der Staat, mit einem mutigen Programm zum Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel. Dort wo eine Alternative nicht gegeben ist, kann eine CO<sub>2</sub> Steuer nicht die beabsichtigte Wirkung entfalten.

Dies gilt in gleicher Weise für die Industrie. Nachhaltige, klimafreundliche, ressourcenschonende Produkte sucht mensch oft vergebens. Wo sie aus Gründen der Profitmaximierung nicht angeboten werden, läuft eine CO<sub>2</sub> Steuer in Leere. Die Verantwortung für den Klimawandel darf nicht den Konsumentinnen und Konsumenten zugeschoben werden. Verantwortlich sind die großen Konzerne. Sie zu einer klimafreundlicheren Gestaltung ihrer Produkte zu bewegen, ist Aufgabe staatlichen Ordnungsrechts.

Die Gefahr ist groß, dass die Koalition in Berlin im September das Projekt einer völlig unzureichenden CO<sub>2</sub> Steuer auf den Weg bringen wird, die uns anschließend als die klimapolitische Großtat für das kommende Jahrzehnt angepriesen werden wird. Lobbyvertreterinnen und Lobbyvertreter aus Industrie und Wirtschaft werden es anschließend leicht haben, dringend notwendige, einschneidende Maßnahmen, unter Verweis auf diese Steuer zu hintertreiben.

Wir brauchen daher einen Klimaschutz, der bei denen ansetzt, die für die Klimakatastrophe tatsächlich verantwortlich sind. Die Reichen und die Konzerne. Die reichsten 10 % der Weltbevölkerung sind für fast die Hälfte des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich, während die ärmsten 50 % nur etwa ein Zehntel der weltweiten Emissionsmenge ausstoßen. 100 Konzerne sind für 70 % des weltweiten Klimagasausstoßes verantwortlich. Sie sollen für die Maßnahmen zahlen, die für den klimaneutralen Umbau unserer Gesellschaft notwendig sind.

#### Antragsteller

Hans Decruppe (stellvertretender Vorsitzender, DIE LINKE. NRW), Jules El-Khatib (stellvertretender Vorsitzender, DIE LINKE. NRW), Igor Gvozden (energiepolitischer Sprecher, DIE LINKE. NRW), Hanno Rauwendorf (Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, DIE LINKE. NRW), Hubertus Zdebel (MdB, DIE LINKE)